Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

27.05.1986 - Drucksache 11/640

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/640
27. 05. 86

Antrag der Fraktion der CDU

Konsequenzen aus der Katastrophe von Tschernobyl

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I.

1. Die Bürgerschaft fordert die Anhebung der Sicherheitsstandards der Kernkraftwerke aller Staaten auf ein mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Sicherheitsbestimmungen vergleichbares Niveau, da diese zu den strengsten der Welt gehören.

2. Die Bürgerschaft fordert die Einrichtung eines weltweiten Frühwarnsystems, zu dem sich alle Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, verbindlich verpflichten. Die sofortige und umfassende Information über Störfälle in Kernkraftwerken soll auf diesem Wege international gewährleistet werden.

3. Die Bürgerschaft begrüßt die Initiative von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, alle Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, zu einer internationalen Konferenz einzuladen, um die Sicherheitsstandards und das weltweite Frühwarnsystem einer verbindlichen Regelung zuzuführen.

4. Die Bürgerschaft stellt fest, daß beim sowjetischen Kernkraftwerk in Tschernobyl die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen grob fahrlässig und unverantwortlich mißachtet worden sind. Darüber hinaus verurteilt die Bürgerschaft aufs schärfste die menschenverachtende Informationspolitik der Sowjetunion.

II.

5. Die Bürgerschaft fordert — unbeschadet des hohen Sicherheitsstandards und der ständigen Kontrolle der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland — die umgehende Überprüfung aller in der Bundesrepublik vorhandenen Kernkraftwerke, ob sie dem technisch jeweils höchstmöglichen Sicherheitsstandard entsprechen. Sollte eine Anpassung an diesen Sicherheitsstandard technisch nicht möglich sein, ist das betreffende Kraftwerk stillzulegen.

6. Die Bürgerschaft geht davon aus, daß bei einem künftigen Energiekonzept Erforschung und Nutzung von Alternativenergien sowie weitere Energieeinsparung Schwerpunkte sein müssen.

Aus umweltpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen kann jedoch vorerst auf die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht verzichtet werden.

III.

7. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, eine ausreichende Anzahl von Meßstellen in Bremen und Bremerhaven zur Messung radioaktiver Strahlung einzurichten. Diese Meßstellen müssen personell und materiell so ausgestattet werden, daß jederzeit eine repräsentative Messung und Auswertung der radioaktiven Belastung von Luft, Boden und Wasser in Bremen und Bremerhaven gewährleistet ist.

8. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, für das Land Bremen ein Gremium von Sachverständigen zu berufen mit dem Auftrag, Hilfs- und Vorsorgemaßnahmen für die Bevölkerung im Fall der Erhöhung radioaktiver Strahlung zu planen und mit den zuständigen Institutionen der Länder und des Bundes zu koordinieren.

9. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, die Information der Bevölkerung im Fall eventuell zu treffender Hilfs- und Vorsorgemaßnahmen in Form von amtlichen Bekanntmachungen verbindlich sicherzustellen.

Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen